



Neue Osnabrücker Zeitung: 16.03.2016 (NOZ Stadt), Seite 24

„Staat treibt uns in die Altersarmut“

Protestaktion der Osnabrücker Deutschlehrer

Von Ulrike Schmidt

Die Lehrkräfte für „Deutsch als Zweitsprache“ der Volkshochschule haben am Dienstagmittag gegen ihre prekären Arbeitsbedingungen protestiert. Dabei wurden sie von Kursteilnehmern unterstützt.

Osnabrück. „Der, die, das – Bildung kostet was“, skandierten Lehrkräfte und Teilnehmer. Der Protest richtet sich gegen die prekären Arbeitsbedingungen der DAZ-Lehrkräfte in den Integrationskursen. Kein Arbeitsvertrag, kein Geld in der unterrichtsfreien Zeit, keine Absicherung im Krankheitsfall, Renten- und Krankenversicherung müssen aus eigener Tasche bezahlt werden – und das bei einem Nettostundenlohn von 10 Euro.

„Ich verstehe nicht, dass meine Arbeit nicht anerkannt wird und der Staat mich in die Altersarmut treibt“, sagte DAZ-Lehrerin Ilona Schowe stellvertretend für ihre Kolleginnen und Kollegen. Denn bezahlt würden nur die Unterrichtsstunden, nicht aber die vor allem in den höheren Kursen sehr aufwendige Vor- und Nachbereitung sowie Korrektur der Klausuren.

Deutschlandweit gehen in diesen Tagen DAZ-Lehrkräfte auf die Straße, um feste Arbeitsverträge und eine Vergütung wie Berufsschullehrer zu fordern. In Osnabrück wurden sie dabei von zahlreichen Teilnehmern unterstützt. „Damit wollen wir unserer Lehrerin etwas zurückgeben“, sagte einer. Eine andere brachte es kurz auf den Punkt: „Unsere Lehrerin ist richtig toll.“

Einen „hervorragenden Job“ bescheinigte Volkshochschulgeschäftsführer Carl-Heinrich Bösling seinen Lehrkräften. In den vergangenen 15 Jahren habe die öffentlich finanziert Erwach-



enenbildung einen Rückgang um 41 Prozent erlebt. Es sei ein „bildungspolitischer Skandal ohnegleichen“, dass das Honorar 2016 auf dem Niveau Anfang der 1990er-Jahre stehe.

Durch die starke Zuwanderung der Flüchtlinge seien die Versäumnisse der Vergangenheit schlagartig deutlich geworden, sagte Bösling. Deshalb sei eine höhere Finanzierung durch den Bund erforderlich.

Unterstützung dieser Forderung erhoffen sie sich Protestler auch von Oberbürgermeister Wolfgang Griesert. Deshalb zogen sie von der Volkshochschule zum Rathaus. Für die NOZ und die Demonstranten unterbrach Griesert kurz die laufende Konferenz und stellte sich vor der Kamera den Fragen.

Nach einer menschenwürdigen Unterbringung sei eine Sprachförderung der Flüchtlinge der wichtigste Baustein für die Integration: „Dafür brauchen wir Sie an allen Ecken und Enden“, wandte sich der OB an die Demonstranten. Griesert sagte zu, mit der Osnabrücker Initiative Deutsch als Zweitsprache einen Termin auszumachen, um zu überlegen, wie die Fachkräfte ihre Forderungen durchsetzen können.



[Neue Osnabrücker Zeitung: 17.03.2016 \(NOZ Stadt\), Seite 31](#)

Ohne Spracherwerb kann Integration nicht gelingen

Zum Artikel „Rat fordert Hilfe von Land und Bund – Integration der Flüchtlinge im Mittelpunkt der Aktuellen Stunde“ und dem Kommentar „Vorbeugen ist besser“ von Ulrike Schmidt (Ausgabe vom 2. März).

„In der Berichterstattung zur Aktuellen Stunde zur Integration von Flüchtlingen wird von Frau Schmidt erwähnt, dass sowohl Herr Jasper von der CDU als auch die SPD-Ratsfrau

Wachtel auf die Bedeutung des Spracherwerbs für die Integration der Flüchtlinge hinwies und diesen als unerlässlich für die Integration bezeichneten. Herr Jasper machte darauf aufmerksam, dass es massiv an Deutschlehrern mangle, und Frau Wachtel stellte fest, dass die Deutschlehrer massiv unterbezahlt seien. Jahrzehntlang wurde versäumt, DaZ (Deutsch als Zweitsprache)-Lehrkräfte auszubilden und sie entsprechend ihren Qualifikationen, den anderen Lehrern gleichgestellt, zu bezahlen.

Natürlich stimmt es, dass in der aktuellen Situation, in der dieser Mangel sowohl in Schulen als auch in der Erwachsenenbildung deutlich wird, eine Abwanderung von Lehrkräften ins staatliche Schulsystem mit abgesicherten Verträgen erfolgt, sodass viele DaZ-Lehrkräfte aufgrund ihrer prekären Arbeitsverhältnisse das sinkende Schiff der VHS Osnabrück zugunsten von besser bezahlten und abgesicherten Arbeitsmöglichkeiten verlassen. Natürlich stimmt es, dass das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), die Behörde, die aber nicht nur, wie von Frank Henning erwähnt, die Registrierung, sondern meiner Ansicht nach auch die Integration der Flüchtlinge zum Ziel haben sollte, massiv die Zahlungen für den Spracherwerb erhöhen müsste, wie es Frau Kramp-Karrenbauer, die Präsidentin des DVV (Deutscher Volkshochschulverband), fordert.

Aber es stimmt auch, dass in einer Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur und dem niedersächsischen Volkshochschulverband festgehalten wird: ‚Die Einrichtungen auf kommunaler Ebene sind verpflichtet, im erforderlichen Umfang geeignetes hauptberufliches Personal zu beschäftigen, die Fortbildung dieses Personals zu sichern und eine Vergütung in Anlehnung an jeweils gültige Tarifverträge [...] sicherzustellen.‘ Es stimmt weiterhin, dass die VHS und die Stadt Osnabrück dieser Verpflichtung in keiner Weise nachkommen, dass sie die Lehrkräfte weiterhin in ungesicherten prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten lassen.

Es stimmt außerdem, dass sich weder die Stadt noch die VHS, die eine hundertprozentige Tochter der Stadt ist, noch ihr Aufsichtsrat in der Lage sahen, ein von den Kursleitenden aufgesetztes Schreiben an das BAMF, in dem eine drastische Anhebung der Teilnehmerpauschale gefordert wird, zu unterstützen. Alle Äußerungen zu einer gelingenden Integration bleiben Lippenbekenntnisse, solange der Rat der Stadt Osnabrück nicht bereit oder fähig ist, eine wirkliche Integration, für die der Deutschspracherwerb in der Tat unabdingbar ist, zu ermöglichen.“

Ilona Schowe

Bad Iburg

Schlechte Bezahlung

„In ihrem Kommentar zur Ratssitzung zur Integration der Flüchtlinge in Osnabrück fordert Frau Schmidt richtig, dass Kinder und Jugendliche von Anfang an ordentlich begleitet werden müssen. Ich denke, dies gilt in gleicher Weise für die Erwachsenen, wobei wahrscheinlich der wichtigste Punkt für eine gelingende Integration der Deutschspracherwerb sein dürfte.

Auch wenn dieser Punkt von Ratsmitgliedern der CDU, SPD und auch der Linken angesprochen wurde, bleibt die Realität hinter Äußerungen in dieser Richtung zurück. Ich bin seit über 20 Jahren in der Erwachsenenbildung an der VHS tätig und unterrichte im Rahmen der Integrationskurse auch Flüchtlinge in der deutschen Sprache.

Jetzt sehe ich mich gezwungen, diese Arbeit zugunsten einer Festanstellung bei der VHS Osnabrück-Land aufzugeben, da die VHS Stadt sich im Gegensatz zu dieser nicht in der Lage sieht, mir für die gleiche Arbeit einen Arbeitsvertrag anzubieten. Nur auf diesem Wege kann ich versuchen, die drohende Altersarmut zu einem, wenn auch nur kleinen, Teil abzumildern.

Im Umgang mit den Kursleitenden im Bereich DaZ (Deutsch als Zweitsprache) wird deutlich, welche Bedeutung die wohlfeilen Worte der Ratsherren und -frauen haben, wenn immer wieder die Notwendigkeit der Integration und des Spracherwerbs betont wird. So erhalten die Worte von Frau Schmidt in ihrem Kommentar eine besondere Bedeutung, wenn sie äußert, dass der Osnabrücker Rat mal wieder an einem Strick zieht und feststellt, dass das Lob der Verwaltung von allen Parteien kommt.

Auf die Arbeit und Lebenssituation der Sprachlehrkräfte im DaZ-Bereich bezogen, bedeutet dieser Strick, an dem da gezogen wird, eher den Strick zur Strangulierung ihrer Lebenssituation und -perspektive. Dies gilt so lange, wie der Rat und die VHS, die eine Tochtergesellschaft der Stadt ist, die berechtigten Forderungen der Kursleitenden nach Festanstellung und einer angemessenen Bezahlung, entsprechend der anderer Lehrkräfte, nicht aufnehmen und umsetzen und solange sie Forderungen der Kursleitenden gegenüber dem BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) nicht unterstützen.“

Corinna Loddeke

Osnabrück

19.03.2016 (NOZ Stadt), Seite 37

„Wertschätzung allein reicht nicht aus“

Zur Berichterstattung über die Proteste von Lehrkräften der Volkshochschule Osnabrück im Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) erhielten wir unter anderem auch eine Zuschrift vom Geschäftsführer der Volkshochschule der Stadt Osnabrück GmbH, Dr. Carl-Heinrich Bösling.

„Es ist völlig unumstritten, dass das Erlernen der deutschen Sprache die unerlässliche Voraussetzung ist für eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft. Lehrkräfte, die in diesem Bereich unterrichten, egal ob an Schulen oder in der Erwachsenenbildung, stellen sich dabei einer sehr anspruchsvollen und verantwortungsvollen Aufgabe.

Wir als VHS schätzen die Arbeit und das Engagement unserer Kursleitenden sehr – Wertschätzung allein reicht aber nicht aus. Während Schulen angesichts des starken Zustroms von Asylsuchenden die Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um Lehrkräfte für den Deutschunterricht anzustellen, ist die Situation in der Erwachsenenbildung aber anders. Die Osnabrücker Volkshochschule bietet in großem Umfang Deutschkurse auf unterschiedlichen Niveaus von der Alphabetisierung bis zur C1-Stufe an. Allein im letzten Jahr haben fast 900 Teilnehmende in unserer Einrichtung eine Deutsch-Prüfung abgelegt. Die Finanzierung in diesem Bereich allerdings ist vollkommen unzureichend und ruft bundesweit die berechtigten Proteste von Kursleitenden hervor.

Bei der Demonstration der Deutschlehrkräfte aus der VHS und von anderen Erwachsenenbildungseinrichtungen, die zum Rathaus gezogen ist, um mit Oberbürgermeister Griesert zu sprechen, habe ich auf die Ergebnisse einer jüngst veröffentlichten Bertelsmann-Studie verwiesen, die feststellt, dass es in den vergangenen 15 Jahren bei der Finanzierung der öffentlichen Erwachsenenbildung einen Rückgang um 41 Prozent gegeben hat.

Leider bin ich in einem Punkt falsch zitiert worden. Ich habe nämlich nicht gesagt, dass die Kursleiterhonorare aktuell auf dem gleichen Niveau sind wie Anfang der 90er-Jahre. Richtig ist vielmehr, dass sich die Finanzierung des Landes nach dem niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz derzeit auf dem Niveau vom Anfang der 90er-Jahre bewegt. Kursleitende erhalten aktuell an der VHS ein Honorar von 25 Euro für eine Unterrichtsstunde von 45 Minuten. Die Kursleitenden fordern eine Erhöhung auf 60 Euro plus Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung oder aber eine Festanstellung und Eingruppierung analog zu Berufsschullehrern.

Eine tatsächliche Besserstellung der Lehrkräfte gelänge aber nur, und das fordert auch der Deutsche Volkshochschulverband, wenn endlich die Leistungen der Volkshochschulen, die den Löwenanteil der Integrationskurse in Deutschland anbieten, auch in der Form Anerkennung finden, dass sie ausreichend finanziert werden. Hier ist zunächst die Bundesregierung gefragt, die endlich eine kostendeckende Finanzierung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sicherstellen muss. Geschieht das nicht, so werden die integrationspolitischen Bemühungen scheitern.“

Dr. Carl-Heinrich Bösling

Osnabrück

Erpressungsversuch

„Ein Skandal, so hoch qualifiziertes Lehrpersonal mit zwei Euro über Mindestlohn zu bezahlen und dann noch anzumerken, man zahle schon mehr als andere Anbieter von Integrationskursen, so der Leiter des VHS-Bereichs Deutsch, Bernd Müller.

Eine unglaubliche Drohung: Die Lehrer bekämen für zum Beispiel 99 Stunden bereits geleisteten Unterricht kein Honorar, wenn sie die hundertste Unterrichtsstunde Deutsch, wegen des Streiks, nicht durchführen würden. Das Argument: Nur 100 Stunden können mit dem BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), abgerechnet werden, ist aus meiner Sicht ein vorgeschobenes Argument, um Druck auf die Deutschlehrer auszuüben.

Dieses Argument zeigt allerdings auch, dass die VHS sich die Honorare vom Staat wiederholt. Mit wem die Volkshochschule abrechnet, ist nicht Angelegenheit der Deutschlehrer. Als ehemaliger ehrenamtlicher Arbeitsrichter wird mein Rechtsverständnis von Arbeitsverhältnissen in diesem Fall mit Füßen getreten, und ich meine, hier wird versucht, die Betroffenen zu erpressen.“

Volker Schaarschmidt

Osnabrück